

---

**Direktionsverordnung  
über die Bemessung der Sozialhilfeleistungen für Personen des  
Asylbereichs**

vom 29.04.2010 (Stand 01.01.2018)

---

*Die Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern,*

gestützt auf Artikel 5 des Einführungsgesetzes vom 20. Januar 2009 zum Ausländer- und zum Asylgesetz (EG AuG und AsylG<sup>1)</sup>) und Artikel 10 der Einführungsverordnung vom 14. Oktober 2009 zum Ausländer- und zum Asylgesetz (EV AuG und AsylG<sup>2)</sup>),

*beschliesst:*

## **1 Allgemeines**

### **Art. 1**      *Gegenstand*

<sup>1</sup> Diese Direktionsverordnung regelt die Bemessung der Sozialhilfeleistungen für Personen des Asylbereichs.

### **Art. 2**      *Vergütbare Leistungen*

<sup>1</sup> Als vergütbare Sozialhilfeleistungen gelten ausschliesslich Unterstützungen im Sinne des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1977 über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG<sup>3)</sup>).

<sup>2</sup> Insbesondere wird für das Tilgen von Schulden keine Sozialhilfe geleistet.

<sup>3</sup> Es werden keine rückwirkenden Leistungen entrichtet.

### **Art. 3 \***      *Dauer der Kostenübernahme der Asylsozialhilfe*

<sup>1</sup> Das Amt für Migration und Personenstand (MIP) übernimmt die Kosten der Sozialhilfe für bedürftige Personen des Asylbereichs ab dem Tag der Zuweisung bzw. bei neu geborenen Kindern von zugewiesenen Personen ab dem Tag der Geburt.

---

<sup>1)</sup> BSG 122.20

<sup>2)</sup> BSG 122.201

<sup>3)</sup> SR 851.1

\* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

<sup>2</sup> Die Kostenübernahme dauert bis und mit dem Tag, an dem

- a die Ausreisefrist nach einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid abläuft,
- b die Person die Schweiz definitiv verlassen hat oder unkontrolliert abgereist ist,
- c die vorläufige Aufnahme erlischt oder rechtskräftig aufgehoben wird, längstens aber nach sieben Jahren seit der Einreise,
- d eine Person als Flüchtling anerkannt wird, ihr jedoch kein Asyl gewährt und stattdessen eine vorläufig Aufnahme angeordnet wird,
- e der vorübergehende Schutz erlischt oder rechtskräftig aufgehoben wird, längstens aber bis zum Zeitpunkt, in dem eine Aufenthaltsbewilligung nach Artikel 74 Absatz 2 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG<sup>1)</sup>) zu erteilen ist,
- f eine ausländerrechtliche Aufenthaltsbewilligung erteilt wird oder ein Anspruch nach Artikel 42 Absatz 1 oder Artikel 43 Absatz 1 oder 3 des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG<sup>2)</sup>), nach Artikel 60 AsylG oder nach dem Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (FZA<sup>3)</sup>) entsteht oder
- g die Person verstirbt.

**Art. 3a \*** *Dauer der Kostenübernahme der Nothilfe*

<sup>1</sup> Das MIP übernimmt die Kosten der Nothilfe für bedürftige Personen des Asylbereichs ab dem Tag der Bewilligung des Nothilfeantrags bzw. bei neu geborenen Kindern von Nothilfe beziehenden Personen ab dem Tag der Geburt.

<sup>2</sup> Die Kostenübernahme dauert bis und mit dem Tag, an dem

- a die Person die Schweiz definitiv verlassen hat oder unkontrolliert abgereist ist,
- b die Person für den Vollzug der Wegweisung polizeilich angehalten wird,
- c eine ausländerrechtliche Aufenthaltsbewilligung erteilt wird oder ein Anspruch nach Artikel 42 Absatz 1 oder Artikel 43 Absatz 1 oder 3 AuG oder nach dem FZA entsteht oder
- d die Person verstirbt.

---

<sup>1)</sup> SR 142.31

<sup>2)</sup> SR 142.20

<sup>3)</sup> SR 0.142.112.681

**Art. 4**      *Subsidiarität*

<sup>1</sup> Sozialhilfeleistungen für Personen des Asylbereichs werden nur gewährt, wenn eine bedürftige Person ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten kann und Hilfe von dritter Seite nicht oder nicht rechtzeitig erhältlich ist.

**Art. 5**      *Gewährung der Hilfe*

<sup>1</sup> Sozialhilfe wird auf Gesuch hin gewährt (Sozialhilfeantrag).

<sup>2</sup> Die Gewährung der Sozialhilfe kann mit Auflagen und Weisungen verbunden werden, soweit dadurch die Bedürftigkeit vermieden, behoben oder vermindert wird.

**Art. 6**      *Pflichten*

<sup>1</sup> Personen des Asylbereichs, die individuelle Sozialhilfe beanspruchen, haben den Asylsozialhilfestellen die erforderlichen Auskünfte über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu geben und Änderungen der Verhältnisse unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen. \*

<sup>2</sup> Sie sind verpflichtet,

- a \* Weisungen der Asylsozialhilfestellen zu befolgen,
- b selbst dafür zu sorgen, dass ihre Bedürftigkeit vermieden, behoben oder vermindert wird, und
- c eine zumutbare Arbeit anzunehmen. Zumutbar ist eine Arbeit, die dem Alter, dem Gesundheitszustand, den persönlichen Verhältnissen und den Fähigkeiten der bedürftigen Person angemessen ist.

**Art. 7**      *Rückerstattung*

<sup>1</sup> Personen, die unrechtmässig Sozialhilfeleistungen bezogen haben, sind zu deren Rückerstattung verpflichtet. Die Zahlung kann durch Kürzung oder Einstellung der Sozialhilfe verrechnet werden.

**Art. 8 \***      *Datenbekanntgabe*

<sup>1</sup> Die Asylsozialhilfestellen sind verpflichtet, dem MIP die für die Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Daten und Informationen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere melden sie unaufgefordert Personen, die mutmasslich unrechtmässig Sozialhilfeleistungen bezogen haben.

## 2 Bemessung der Kosten

### 2.1 ... \*

#### **Art. 9 \*** *Globalpauschale für die Asylsozialhilfe*

<sup>1</sup> Das MIP vergütet den von ihm beauftragten Asylsozialhilfestellen für jede Sozialhilfe beziehende Person pro Tag eine Globalpauschale. Die Höhe der Globalpauschale für Personen, die in Kollektivunterkünften wohnen (erste Phase), kann von der Höhe der Globalpauschale für Personen abweichen, die in Privatwohnungen wohnen (zweite Phase).

<sup>2</sup> Die Höhe der Globalpauschale richtet sich nach der Globalpauschale, die der Bund dem Kanton Bern nach Artikel 20 bis 23 der Asylverordnung 2 vom 11. August 1999 über Finanzierungsfragen (Asylverordnung 2, AsylV 2<sup>1)</sup>) ausgerichtet.

<sup>3</sup> Für die Berechnung der Globalpauschale wird die vom Bund an den Kanton ausgerichtete Monatsglobalpauschale auf eine Tagesglobalpauschale umgerechnet. Die Globalpauschale setzt sich zusammen aus der Summe der Anteile der Globalpauschale des Bundes für Mietkosten, Sozialhilfe und Betreuung.

<sup>4</sup> Übernimmt das MIP die Mietkosten, reduziert sich die Globalpauschale nach Absatz 3 um den Anteil für die Mietkosten.

<sup>5</sup> Bei der Festlegung der an die Asylsozialhilfestellen ausgerichteten Globalpauschale kann das MIP von der Höhe der vom Bund gegenüber dem Kanton ausgewiesenen Anteilen wie folgt abweichen:

- a Die Globalpauschale für Personen in der ersten Phase kann bis zu 20 Prozent erhöht werden.
- b Die Globalpauschale für Personen in der zweiten Phase kann bis zu 20 Prozent gesenkt werden. Sie kann nach Aufenthaltsgemeinde abgestuft werden.

<sup>5a</sup> Das MIP richtet den Asylsozialhilfestellen einen Sockelbeitrag für den Betrieb von Kollektivunterkünften aus, wenn die Auslastungsquote einen von ihm festgelegten Schwellenwert unterschreitet. \*

<sup>6</sup> Mit der Globalpauschale sind sämtliche vergütbaren Aufwendungen der Asylsozialhilfestellen bei kostengünstigen Lösungen abgegolten, sofern keine andere Abgeltung vorgesehen ist.

---

<sup>1)</sup> SR 142.312

**Art. 9a \*** *Globalpauschale für die Nothilfe*

<sup>1</sup> Das MIP vergütet den Asylsozialhilfestellen für jede Nothilfe beziehende Person pro Tag eine Globalpauschale.

<sup>2</sup> Die Globalpauschale für die Nothilfe setzt sich grundsätzlich wie die Globalpauschale nach Artikel 9 zusammen, wobei für den Anteil der Sozialhilfekosten immer der Minimalansatz nach Anhang 1 gilt. \*

**Art. 9b \*** *Anpassung der Globalpauschale*

<sup>1</sup> Das MIP gibt den Asylsozialhilfestellen die Höhe der Globalpauschalen und des Schwellenwerts nach Artikel 9 Absatz 5a unmittelbar nach der Publikation der jährlich anzupassenden Pauschalansätze durch das Staatssekretariat für Migration schriftlich bekannt. \*

<sup>2</sup> Ändert sich die Höhe der Globalpauschalen des Bundes, gibt das MIP den Asylsozialhilfestellen die Höhe der Globalpauschalen nach Artikel 9 und 9a nach Publikation des Rechtserlasses des Bundes bekannt.

**Art. 10 \*** *Verwendung der Globalpauschale*

<sup>1</sup> Aus dem für die Sozialhilfe ausgewiesenen Anteil der Globalpauschale des Bundes bezahlen die Asylsozialhilfestellen den zu unterstützenden Personen des Asylbereichs pro Person und Tag die Beträge gemäss Anhang 1 und 2 aus.

<sup>2</sup> Für den nach Absatz 1 auszubezahlenden Betrag bestehen drei Stufen:

- a Stufe «Normal»: Ausgangslage;
- b Stufe «Plus»: besondere Leistungen werden belohnt;
- c Stufe «Minus»: Rückstufung aus verfahrens- oder verhaltensbedingten Gründen.

<sup>3</sup> Für Personen, die nach Artikel 82 AsylG zur Nothilfe berechtigt sind, gibt es nur die Stufe «Minus» nach Absatz 2 Buchstabe c.

<sup>4</sup> Der Bargeldbetrag nach Absatz 1 und 2 deckt den Personen des Asylbereichs die Kosten für Nahrung, Kleidung und Hygiene.

<sup>5</sup> Aus der Differenz zwischen dem für die Sozialhilfe ausgewiesenen Anteil der Globalpauschale des Bundes und dem nach Absatz 1 auszubezahlenden Betrag finanzieren die Asylsozialhilfestellen situationsbedingte Leistungen für die Gesamtheit der ihnen zugewiesenen Personen des Asylbereichs.

<sup>6</sup> Der nach Absatz 1 auszubezahlende Betrag darf nicht unter die Stufe «Minus» fallen. Vorbehalten bleibt Artikel 6 EG AuG und AsylG.

<sup>7</sup> Den verbleibenden Teil der Globalpauschale können die Asylsozialhilfestellen für die Erfüllung ihrer vertraglichen Aufgaben frei verwenden.

**Art. 11 \*** *Freiheitsentzug*

<sup>1</sup> Während eines Freiheitsentzugs wird keine Globalpauschale vergütet.

**Art. 12 \*** *Spital- und Klinikaufenthalt*

<sup>1</sup> Während eines Spital- oder Klinikaufenthalts wird eine Globalpauschale vergütet.

**Art. 13 \*** *Unterbringung bei Dritten*

<sup>1</sup> Das MIP erlässt Weisungen für Personen des Asylbereichs, die ausserhalb der Asylstrukturen bei Dritten wohnen.

2.2 ... \*

**Art. 14 \*** ...

**Art. 15 \*** *Mietkosten*

<sup>1</sup> Der für die Mietkosten ausgewiesene Anteil der Globalpauschale nach Artikel 9 Absatz 3 setzt sich zusammen aus einem Anteil für den Mietzins und einem Anteil für die übrigen Kosten.

<sup>2</sup> Der Anteil für den Mietzins beinhaltet einen Zuschlag für das Leerstandsrisiko.

<sup>3</sup> Der Anteil für die übrigen Kosten beinhaltet

- a die mietrechtlichen Heiz- und Nebenkosten sowie die übrigen Nebenkosten,
- b die Aufwendungen für den ordentlichen und ausserordentlichen Gebäudeunterhalt,
- c die Wiederinstandstellungskosten bei Beendigung der Mietverhältnisse,
- d die Aufwendungen für bauliche Anpassungsarbeiten,
- e die Aufwendungen für die erstmalige Einrichtung der Unterkünfte sowie deren Unterhalt und Ersatz und
- f alle weiteren im Zusammenhang mit der Miete und dem Betrieb der Unterkünfte entstehenden Gebäude- und Einrichtungskosten.

**Art. 16 \*** *Sonderunterbringung und besondere Massnahmen im Asylbereich*

<sup>1</sup> Ist aus medizinischen Gründen oder aus Gründen des freiwilligen Kindes- und Erwachsenenschutzes eine Unterbringung ausserhalb der Asylstrukturen oder eine besondere Massnahme innerhalb der Asylstrukturen notwendig, können die Asylsozialhilfestellen für die Finanzierung vorgängig eine Kostengutsprache beim MIP einholen.

<sup>2</sup> Das MIP erteilt die Kostengutsprache nur, wenn eine Notwendigkeit belegt ist und die Sonderunterbringung Kosten von weniger als 250 Franken pro Person und Tag verursacht.

<sup>3</sup> In der Regel erfolgt die Sonderunterbringung in Institutionen, die einer kantonalen Bewilligungs- und Aufsichtspflicht unterstehen.

**Art. 17 \*** ...

**Art. 18 \*** ...

**Art. 19 \*** ...

2.3 ... \*

**Art. 20** *Krankenversicherung*

<sup>1</sup> Die obligatorische Krankenpflegeversicherung von Personen des Asylbereichs wird durch das MIP sichergestellt. \*

<sup>2</sup> Für Personen, die finanziell selbständig werden oder für deren Sozialhilfe eine andere Stelle zuständig wird, gelten die üblichen Fristen für die Kündigung der Krankenversicherung gemäss Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG<sup>1)</sup>). Das MIP bezahlt die Kosten höchstens bis zum Ende des betreffenden Monats. \*

**Art. 21** *Abgeltung besonderer medizinischer Versorgung*

<sup>1</sup> Soweit nicht Versicherungseinrichtungen oder andere Kostenträger aufzukommen haben, übernimmt das MIP die tatsächlichen Aufwendungen ausschliesslich für \*

- a medizinisch notwendige Sachleistungen,
- b die Sonderschulung Minderjähriger, denen infolge Invalidität der Besuch der Volksschule nicht möglich ist,
- c die Betreuung hilfloser Minderjähriger (analog Hilflosenentschädigung), sowie

---

<sup>1)</sup> SR 832.10

d notwendige zahnmedizinische Behandlungen und Honorare für Vertrauenszahnärzte.

**Art. 22** *Nicht vergütbare Aufwendungen*

<sup>1</sup> Das MIP übernimmt die folgenden Kosten nicht: \*

- a \* Leistungen ausserhalb des Grundleistungskatalogs der jeweiligen Sozialversicherungen, insbesondere Mittel und Gegenstände, die nicht auf der Mittel- und Gegenständeliste (MiGeL) im Anhang 2 der Verordnung des EDI vom 29. September 1995 über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (Krankenpflege Leistungsverordnung, KLV<sup>1)</sup>) aufgeführt sind, wobei das MIP zur Vermeidung von Härtefällen auf Gesuch um Kostengutsprache hin von diesem Grundsatz abweichen und die Kosten im Einzelfall ab dem Betrag von 500 Franken übernehmen kann;
- b Leistungen eines Leistungserbringers, der von den jeweiligen Sozialversicherungen nicht zugelassen ist,
- c Tariffdifferenzen infolge ausserkantonaler Behandlungen nach Artikel 41 Absatz 3 KVG sowie
- d \* Behandlungen, die ohne Überweisungsbeschluss einer Erstversorgerärztin oder eines -arztes erfolgt sind, wobei das MIP in einer Weisung definiert, in welchen Fällen vom Prinzip der Erstversorgerärztinnen und -ärzte abgewichen werden kann.

**Art. 23** *Zahnmedizinische Behandlungen*

<sup>1</sup> Das MIP übernimmt die von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung oder anderen Versicherungseinrichtungen nicht übernommenen Kosten für notwendige zahnmedizinische Behandlungen. \*

<sup>2</sup> Die Kosten werden nur so weit vergütet, als sie einer einfachen, wirtschaftlichen und zweckmässigen Behandlung und Ausführung entsprechen.

<sup>3</sup> Übersteigen die Behandlungskosten 500 Franken pro Jahr, ist vorgängig eine Kostengutsprache des MIP einzuholen. \*

### **3 Abrechnung und Finanzaufsicht**

**Art. 24 \*** *Abrechnung*

<sup>1</sup> Die Abrechnung zwischen MIP und Asylsozialhilfestelle erfolgt jährlich.

---

<sup>1)</sup> SR 832.112.31

**Art. 25** *Revision*

<sup>1</sup> Das MIP kann unter Beachtung der Verjährungsfristen des Staatsbeitragsgesetzes vom 16. September 1992 (StBG<sup>2)</sup>) materiell geprüfte Abrechnungen jederzeit einer Revision unterziehen. \*

**Art. 26** *Auskunftspflicht*

<sup>1</sup> Wer Beiträge erhält, muss bei Kontrollen im Rahmen der Finanzaufsicht auf Verlangen die zur Prüfung notwendigen Akten und Rechnungsunterlagen vorlegen, die erforderlichen Auskünfte erteilen sowie Zutritt an Ort und Stelle gewähren.

**Art. 27** *Rückforderungen*

<sup>1</sup> Bei Rückforderungen aus materiellen Prüfungen und Revisionen werden nach Möglichkeit einvernehmliche Lösungen angestrebt.

<sup>2</sup> Kommt eine einvernehmliche Lösung nicht zustande, werden die Rückforderungen nach vorgängiger Gewährung des rechtlichen Gehörs mittels Verfügung festgestellt und nach Eintritt der Rechtskraft der Verfügung mit laufenden bzw. künftigen Guthaben der Asylsozialhilfestelle verrechnet. \*

**Art. 28** *Inkrafttreten*

<sup>1</sup> Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2010 in Kraft.

**A1 Anhang 1: Zu Artikel 9a Absatz 2 und Artikel 10 Absatz 1 \*****Art. A1-1 \***

<sup>1</sup> Für Personen, die in der ersten Phase leben, sind die Auszahlungen nach den folgenden Ansätzen zu leisten:

Haushaltsgrösse (Personen)	Minus je Person (CHF)	Minus je Haushalt (CHF)	Normal je Person (CHF)	Normal je Haushalt (CHF)	Plus je Person (CHF)	Plus je Haushalt (CHF)
1	8.00	8.00	9.50	9.50	10.50	10.50
2	7.50	15.00	9.00	18.00	10.00	20.00
3	7.00	21.00	8.50	25.50	9.50	28.50
4	6.50	26.00	8.00	32.00	9.00	36.00

<sup>2)</sup> BSG 641.1

Haushaltsgrösse (Personen)	Minus je Person (CHF)	Minus je Haushalt (CHF)	Normal je Person (CHF)	Normal je Haushalt (CHF)	Plus je Person (CHF)	Plus je Haushalt (CHF)
5	6.00	30.00	7.50	37.50	8.50	42.50
6	6.00	36.00	7.50	45.00	8.50	51.00
7	5.50	38.50	7.00	49.00	8.00	56.00
8	5.50	44.00	7.00	56.00	8.00	64.00
9	5.00	45.00	6.50	58.50	7.50	67.50
10	5.00	50.00	6.50	65.00	7.50	75.00

## A2 Anhang 2: Zu Artikel 10 Absatz 1 \*

### Art. A2-1 \*

<sup>1</sup> Für Personen, die in der zweiten Phase leben und von den Asylsozialstellen betreut werden, sind die Auszahlungen nach den folgenden Ansätzen zu leisten:

Haushaltsgrösse (Personen)	Minus je Person	Minus je Haushalt	Normal je Person	Normal je Haushalt	Plus je Person	Plus je Haushalt
1	8.50	8.50	12.50	12.50	13.50	13.50
2	8.50	17.00	11.50	23.00	12.50	25.00
3	8.50	25.50	10.50	31.50	11.50	34.50
4	8.00	32.00	9.50	38.00	10.50	42.00
5	7.50	37.50	9.00	45.00	10.00	50.00
6	7.00	42.00	8.50	51.00	9.50	57.00
7	6.50	45.50	8.00	56.00	9.00	63.00
8	6.50	52.00	7.50	60.00	8.50	68.00
9	6.50	58.50	7.50	67.50	8.50	76.50
10	6.50	65.00	7.50	75.00	8.50	85.00

Bern, 29. April 2010

Der Polizei- und Militärdirektor:  
Hans-Jürg Käser Regierungspräsident

## Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
29.04.2010	01.07.2010	Erlass	Erstfassung	10-40
05.12.2014	01.01.2015	Art. 3	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 3a	eingefügt	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 6 Abs. 1	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 6 Abs. 2, a	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 8	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Titel 2.1	aufgehoben	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 9	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 9a	eingefügt	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 9b	eingefügt	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 10	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 11	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 12	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 13	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Titel 2.2	aufgehoben	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 14	aufgehoben	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 15	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 16	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 17	aufgehoben	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 18	aufgehoben	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 19	aufgehoben	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Titel 2.3	aufgehoben	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 20 Abs. 1	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 20 Abs. 2	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 21 Abs. 1	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 22 Abs. 1	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 22 Abs. 1, a	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 22 Abs. 1, d	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 23 Abs. 1	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 23 Abs. 3	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 24	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 25 Abs. 1	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. 27 Abs. 2	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Titel A1	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. A1-1	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Titel A2	geändert	15-6
05.12.2014	01.01.2015	Art. A2-1	geändert	15-6
22.11.2017	01.01.2018	Art. 9 Abs. 5a	eingefügt	17-061
22.11.2017	01.01.2018	Art. 9a Abs. 2	geändert	17-061
22.11.2017	01.01.2018	Art. 9b Abs. 1	geändert	17-061

### Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erlass	29.04.2010	01.07.2010	Erstfassung	10-40
Art. 3	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 3a	05.12.2014	01.01.2015	eingefügt	15-6
Art. 6 Abs. 1	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 6 Abs. 2, a	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 8	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Titel 2.1	05.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	15-6
Art. 9	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 9 Abs. 5a	22.11.2017	01.01.2018	eingefügt	17-061
Art. 9a	05.12.2014	01.01.2015	eingefügt	15-6
Art. 9a Abs. 2	22.11.2017	01.01.2018	geändert	17-061
Art. 9b	05.12.2014	01.01.2015	eingefügt	15-6
Art. 9b Abs. 1	22.11.2017	01.01.2018	geändert	17-061
Art. 10	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 11	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 12	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 13	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Titel 2.2	05.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	15-6
Art. 14	05.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	15-6
Art. 15	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 16	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 17	05.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	15-6
Art. 18	05.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	15-6
Art. 19	05.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	15-6
Titel 2.3	05.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	15-6
Art. 20 Abs. 1	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 20 Abs. 2	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 21 Abs. 1	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 22 Abs. 1	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 22 Abs. 1, a	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 22 Abs. 1, d	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 23 Abs. 1	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 23 Abs. 3	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 24	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 25 Abs. 1	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. 27 Abs. 2	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Titel A1	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. A1-1	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Titel A2	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6
Art. A2-1	05.12.2014	01.01.2015	geändert	15-6